

# sozialdemokratischer SPD pressediens

E/XXVII/31

15. Februar 1972

Grundzüge des Wahlkampfes 1973

---

Die Positionen zwischen Regierung und den  
Unionsparteien

Von Udo Fiebig MdB

Seite 1 und 2 / 54 Zeilen

Sapporo-Bilanz

---

Gutes Omen für die Olympiade in München

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Sport  
und Olympische Spiele

Seite 3 und 4 / 78 Zeilen

Tradition im Wunsch und Wirklichkeit

---

Betrachtung zum Wein eines Generals an alte  
Kameraden

Seite 5 / 47 Zeilen

## Grundzüge des Wahlkampfes 1973

---

### Die Positionen zwischen Regierung und den Unionsparteien

Von Udo Fiebig MdB

Der Wahlkampf für die Bundestagswahl 1973 beginnt sich in seinen Grundzügen bereits abzuzeichnen. Die Startlöcher werden gegraben und bezogen. Jede Partei versucht, einerseits die Wählerschichten anzusprechen, die ihr traditionell nahe stehen, andererseits sich so darzustellen, daß sie für breite Bevölkerungskreise wählbar erscheint. Wie sieht die Politik der Opposition aus?

Sie hat die Verabschiedung des wichtigen Krankenhausfinanzierungsgesetzes verzögert. Weil die Drucklegung des Ausschußberichtes 15 Minuten zu spät beendet war, hat die CDU/CSU Fristenrede vorgebracht: Die Zweite und Dritte Lesung muß auf März verschoben werden. Die Opposition fragt nicht danach, daß viele Krankenhaussträger auf dieses Gesetz warten. Ihr kommt es darauf an, der Regierung Schwierigkeiten zu machen, auch wenn der Bürger dadurch Nachteile hat: Opposition als Obstruktion und nicht als weiterbringende Kritik.

Dennoch wird die Koalition und die Regierung sich nicht hindern lassen, weitere Reformschritte zu tun. Wer allerdings auf solche Weise Opposition betreibt, sieht nicht mehr das Ganze des Staates und des Gemeinwohls, er hat sich dem Kampf um die Macht verschrieben, auch wenn Staat und Demokratie Schaden leiden. Fragt man nach den Ursachen solch einer Haltung, kann man nur eine Antwort finden: Eine respektable konservative Einstellung ist umgeschlagen in Immobilismus, in geistige Unbeweglichkeit. Auf die Herausforderung einer ständig und rapide sich wandelnden Gesellschaft kann die CDU weder antworten noch sich einstellen. Die Herausforderung der Geschichte wird nicht mehr angenommen, in Erstarrung verharrend will die CDU die Zukunft verdrängen mit den Methoden der Vergangenheit, statt sich heute schon den Fragen von morgen zu stellen.

Das Verhältnis, das der Mensch zur Zukunft hat, ist entscheidend für seine Existenz. Wer dem Bürger Angst einjagt, treibt Schindluder mit der menschlichen Existenz. Es ist auch die Aufgabe

der politisch Verantwortlichen, die Angst, die jeder Mensch vor der ihm unbekanntem Zukunft hat, zu mindern, wenn nicht zu nehmen. Die fehlende Verantwortungsbereitschaft der CDU/CSU zeigt sich darin, daß sie ihre Politik auf das Geschäft mit der Angst abgestellt hat: Die Angst des Bürgers vor inneren und äußeren Gefahren soll das Motiv für politische Entscheidungen sein. Statt die Ursachen der Kriminalität zu beseitigen, also gesellschaftliche Unzulänglichkeiten vor allem bei gefährdeten Jugendlichen, statt den Frieden in Mitteleuropa durch Verträge sicherer zu machen, wird dem Bürger von der CDU/CSU Angst vor der Zukunft eingejagt. Die Herausforderung wird nicht angenommen, sondern verweigert. Die Verweigerungen der Unionsparteien vor der Geschichte ist also die Gefahr, die unserem Staat droht.

Ich meine, daß nur der in unserem Staat Verantwortung tragen darf, der sich der Herausforderung der Zukunft stellt, der dem ständigen Prozeß gewachsen ist, in dem sich jede Gesellschaft befindet.

Die SPD versucht die Wähler anzusprechen, die bereit sind, den mühsamen, unendlich schwierigen Weg der Reformen nicht nur mitzugehen, sondern auch kritisch zu bedenken und mitzugestalten. Die pragmatische Politik der Regierung Brandt/Scheel hat in erster Linie die große Mehrheit derjenigen im Auge, die in einem Arbeitsverhältnis stehen, darüber hinaus alle jene, denen das Auf und Ab wirtschaftlicher und konjunktureller Prozesse besonders zu schaffen macht. Einige Beispiele verdeutlichen dies: Bereits jetzt bekommen mehr Familien mehr Wohnungs- und Kindergeld, neben Studenten sind auch Schüler der oberen Klassen in die Ausbildungsförderung einbezogen, die Rentner erhalten ihren Krankenkassenbeitrag, den sie in der letzten Krise bezahlt haben, zurück, alle Angestellten erhalten einen Zuschuß vom Arbeitgeber zur Krankenversicherung. Schritt für Schritt wird getan auf dem Weg zu dem Ziel, das das Grundgesetz gesteckt hat: Verwirklichung des sozialen Rechtsstaates. - Bewältigung der Zukunft.

(-/ex/15.2.1972/ks)

## Sapporo-Bilanz

## Gutes Omen für die Olympiade in München

Von Dr. Adolf Müller-Emmert MdB

Mitglied des Bundestagsausschusses für Sport und Olympische Spiele

Bei der Abschlußfeier der XI. Olympischen Winterspiele in Sapporo intonierte die Kapelle das irische Volkslied "Nehmt Abschied Brüder - ungewiß ist alle Wiederkehr". Würde man die Zukunft der Olympischen Winterspiele allein an den Wünschen und Forderungen des IOC-Präsidenten Avery Brundage messen, könnte man vermuten, Brundage selbst hätte dieses melancholische Lied für die Abschlußfeier bestellt.

Wie immer die Rolle des 84jährigen IOC-Präsidenten bei den unerfreulichen Randerscheinungen in Sapporo beurteilt wird, Schuld an dem höchst unbefriedigenden Zustand der "Amateurfrage" haben auch die anderen IOC-Mitglieder, die sich mit der brieflich zustande gekommenen "Regel 28" des IOC die elementare Statusfrage der Olympiateilnehmer allzu leicht gemacht haben. Unrealistisch scheint es zu glauben, dieses Problem würde sich praktisch von selbst dadurch lösen, daß in absehbarer Zeit die Olympischen Winterspiele "zu Grabe" getragen werden. Es geht vielmehr darum, Sportler, Veranstaltungen und Sportförderung in ein richtiges Verhältnis zu setzen.

Exzesse - vor allem bei den Alpinen Sportarten - beruhen im wesentlichen auf der mehrdeutigen Rollenverteilung der Wintersportverbände, vor allem des Internationalen Verbandes, der FIS. Die Aufwendungen der Wintersportindustrie und der Werbeträger der Wintersportorte für den Wettkampfsport stehen meistens in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Werbevorteilen. Wenn der "Schreckschuß" Schranz überhaupt einen Sinn gehabt haben kann, dann nur diesen, daß sich die Internationalen Sportorganisationen endlich mutig und realistisch auf eine gemeinsame Basis einigen, die auch angesichts der unterschiedlicher gesellschaftspolitischen Systeme eine zumindest annähernd befriedigende Lösung sichert. Wenn der Sportler der sozialistischen Länder durch seinen "Staat und die Gesellschaft" gefördert wird und der Erfolg als ein "Sieg des Systems" zu werten ist, muß es einigermaßen legitim sein, wenn sich der US-Sportler durch sein College optimale Trainingsvoraussetzungen gewähren läßt und die mitteleuropäischen Sportler ähnliche Voraussetzungen suchen. Diese Aspekte müssen auch berücksichtigt werden, wenn man das Abschneiden der bundes-

deutschen und DDR-deutschen Sportler beurteilt.

Unter dem Strich kann man mit den Erfolgen der Sportler aus der Bundesrepublik zufrieden sein. Zwischen Beständigkeit (Erhard Keller), totaler Überraschung (Monika Pflug) und erfreulichen Plazierungen schwankte das Erfolgsbarometer, das allerdings der DDR erneut ein beständiges "Medaillenhoch" bescherte. Während die Leistungen der Sportler aus der DDR neidlos anzuerkennen sind, reizt doch diese Erfolgsserie zwangsläufig zu Vergleichen. Hinter der UdSSR platzierte sich die DDR eindrucksvoll vor den großen Wintersportnationen wie Frankreich, Österreich, Italien oder den skandinavischen Ländern. Von den USA oder Kanada ganz abgesehen. Überraschend der optimale Erfolg der Niederländer.

Sportpolitisch ist das deutsche Auftreten in "formeller Zweisamkeit" in Sapporo ganz deutlich undramatischer verlaufen, als es zu befürchten war. Gemessen an den deutschen Streitigkeiten 1968 in Grenoble hat in erster Linie die DDR dem "Ereignis" historische Bedeutung beigemessen, daß schwarz-rot-gold in Sapporo zweimal separat vertreten war, die Melodien für die Olympischen Sieger aus Deutschland dreimal von dem Herrn "Fallersleben" und viermal von einem Herrn mit Namen "Becher" stammten. So kann man nur wünschen, daß Sapporo auch ein gutes Omen für München 1972 war.

Die Vernunft und allgemeinpolitisches Interesse verlangt es, das fraglos törichte Verhalten der Funktionäre zum Gegenstand einer harten Kritik zu machen, die die Verantwortung für den "Fall Freese" tragen. Es muß geradezu als naiv-amüsant angesehen werden, zu hoffen, die DDR zeige sich Sportlern gegenüber großzügig, die aus DDR-Sicht in die Kategorie der "Republik-Flüchtlinge" einzukrönen sind. Der Fall "Jürgen May" ist offenbar im Gedächtnis dieser Funktionäre völlig zu den Akten gelegt worden. Den sportlich-psychologischen Schaden, der durch solche Leichtgläubigkeiten dem Sportler zugefügt wird, spielt für diese Verantwortlichen vermutlich keine Rolle.

Daß in den einzigen "Dopingfall" ein bundesdeutscher Sportler verwickelt war, läßt sich kaum mit dem relativ milden "Strafmaß" rechtfertigen. Wer unerlaubte medizinische Reiz- und Aufputschmittel nimmt, gefährdet nicht nur seine sportliche Glaubwürdigkeit und handelt gesundheitlich unbedacht, er bringt auch rücksichtslos den sportlichen Erfolg seiner Mannschaftsmitglieder in Gefahr. Dies zu verhindern ist eine der wichtigen Aufgaben der Sportverbände. Die Gesundheit der Sportler muß das oberste Primat bleiben - auch im Spitzensport. (-/ex/15.2.1972/ks)

+ + +

## Tradition in Wunsch und Wirklichkeit

---

### Betrachtung zum Nein eines Generals an alte Kameraden

Die "Marinekameradschaft" Köln konnte ihren Wunsch nicht verwirklichen. Ihr geplantes Traditionstreffen mit Labskaus und Hitlers Großadmiral Dönitz im Bundeswehr-Heeresamt in Köln kommt nicht zustande. Am Nein des Amtschefs und Generals ist frommer Veteranenwunsch gescheitert.

Kameradentreffen und Labskauschmaus gedachte man durch Einladung des einstigen großdeutschen Admirals zu würzen. Das Heeresamt schien dazu würdige Kulisse und rechter Traditionsbezug. Und so lud man arglos dorthin ein, das Amt mit einem Admiral aus "großer Zeit" zu ehren. Hausherr, Amtschef und General aber verschmähte Ehr' und Essen; eine solche Mahlzeit ist nicht sein Geschmack.

Versucht man, dem Sinn der Dönitz-Einladung ins Heeresamt nachzuspüren, kommt man über historische Reminiszenzen zur Erkenntnis eines unzulänglich geklärten Verhältnisses zur großdeutschen Epoche mit ihren Großadmiralen und Feldmarschällen. Es ist zu fragen, was die Kölner Seekrieger mit der Einladung ins Heeresamt bezweckten. Möglich, daß sie die von der Bundeswehr ach so beklagenswert vernachlässigte Traditionspflege beleben wollten. Möglich auch, daß dem Großadmiral für den Einsatz "seiner Marine" bei der Evakuierung Ostdeutschlands erneut gedankt werden sollte, obgleich jede andere Marineführung in der damaligen Lage nicht anders hätte handeln können. Sicher wäre auch "Kamerad, weißt Du noch" zu Wort gekommen. Nicht gesprochen hätte man ebenso sicher aber über den Tagesbefehl des Großadmirals und Führernachfolgers vom 1. Mai 1945, in dem Dönitz den toten Hitler pries: "Mit ihm ist einer der größten Helden der deutschen Geschichte dahingegangen."

Bezeichnendes Urteil über Hitler, abgegeben in voller Freiheit bei der Wahl so großer Worte; denn Dönitz war der Chef im Ring in dieser letzten Runde des Reiches. So urteilte ein Mann, der "tausend Jahre" zur Spitzengarnitur der Wehrmacht gezählt hatte, der Pläne, Umstände und Hintergründe kennen mußte, die zu Hitlers Angriffskrieg geführt hatten, der wissen mußte, was alles in diesem Zweiten Weltkrieg von Hitler verbrochen worden war.

Um Krieg zu führen, hatte Hitler seine Wehrmacht aufgebaut. Um durch Friedenssicherung nach Hitlers Krieg den Frieden zu erhalten, hat der Deutsche Bundestag Streitkräfte zur Verteidigung aufgestellt und sie Bundeswehr genannt. Diese Bundeswehr kann keine "neue Wehrmacht" sein. Zwischen nationalsozialistischer Wehrmacht, deutscher Diktatur und demokratisch-parlamentarisch verfaßter Bundeswehr gibt es keine Brücke geschichtlicher Tradition, so wenig wie zwischen Diktatur und Demokratie. Die Geschichte selbst schuf die schroffe Kluft des Gegenteils zwischen beiden.

Das konsequente Nein des Bundeswehrgenerals im Heeresamt zur Traditionsträumerei alter Kameraden entspricht historischer Entwicklung. Das Nein des Generals ist die politische Wirklichkeit einer Tradition, die an der Spitze des Fortschritts marschiert.

(pk/ex/15.2.1972/bgy)